

2445/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.05.2001

**Anfrage**

des Abg. Dobnigg und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Finanzamt Leoben

Österreichweit gibt es derzeit 80 Finanzämter. Im Zuge der von der Bundesregierung geplanten Verwaltungsreform sollen offenbar nun sämtliche Finanzlandesdirektionen geschlossen und die Zahl der Vollfinanzämter von 80 auf 40 reduziert werden. Legt man diese Zahlen auf die Steiermark um, würden von den derzeit 14 bestehenden Finanzämtern nur noch 4 übrigbleiben.

Aufgrund dieser Pläne scheint auch der Standort des Finanzamtes Leoben in akuter Gefahr zu sein, ist doch davon die Rede, dass es künftig in der Obersteiermark nur noch einen vollwertigen Finanzamtsstandort geben soll. Entsprechend groß ist die Verunsicherung unter den 50 bestens qualifizierten Beschäftigten des Amtsstandortes Leoben. Aber auch viele verantwortliche Politiker warnen vor den unabsehbaren negativen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Folgen für die sich im Aufschwung befindliche Region rund um Leoben.

Leoben, als zweitgrößte Stadt der Steiermark braucht ein Finanzamt vor Ort, vor allem wenn man bedenkt, dass ein neues Gerichts- und Justizzentrum in Planung ist, sämtliche Institutionen des öffentlichen Lebens vor Ort vorhanden sind, rund 10 Steuerbüros mit über 100 Bediensteten angesiedelt sind, die Zahl der vor Ort ansässigen Wirtschaftsbetriebe rasant im Anwachsen ist (+16,5% in den letzten 10 Jahren) und 50 qualifizierte MitarbeiterInnen negativ betroffen wären. Es darf zu keinem Aushungern der sich auf Erfolgskurs befindlichen Stadt und Region Leoben geben.

Deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

**Anfrage:**

1. Gibt es von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen Pläne, den Finanzamtsstandort Leoben zu schließen oder sonstige grundlegende Umstrukturierungsmaßnahmen zu setzen?

2. Wenn ja, an welchen zeitlichen Ablauf ist dabei gedacht und wie sehen diese Pläne im Detail aus?
3. Warum ist gerade das Finanzamt Leoben davon betroffen?
4. Welche Nachteile ergeben sich aus einer möglichen Schließung oder Umstrukturierung für die Kunden?
5. Welche finanziellen Einsparungen erwarten sie durch Veränderungsmaßnahmen am Standort Leoben?
6. Wie viele Arbeitsplätze wären im Falle der Schließung oder Umstrukturierung in Gefahr?
7. An welchem Standort würden die in Leoben abgebauten Finanzamtsmitarbeiter weiterbeschäftigt werden?
8. Sind sie sich als zuständiger Bundesminister ihrer regionalen, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Verantwortung vor Ort bewusst und wie würde sich eine mögliche Schließung oder tiefgreifende Umstrukturierung des Finanzamtes Leoben damit vereinbaren lassen?
9. Sehen sie auch die Gefahr des Aushungerns einer ganzen sich im wirtschaftlichen Aufschwung befindlichen Region?
10. Hat der Standort Leoben nicht auch durch seine Nähe zu den Firmen vor Ort, den zu betreuenden Kunden, den Gerichten und maßgeblichen Institutionen des öffentlichen Lebens einen wichtigen Standortvorteil, gerade in Zeiten in denen die Bundesregierung das Prinzip der Kunden- und Bürgernähe predigt?